

### 13. Sitzung.

General-Postdirektor Stephan: Die Anleihe, die Ihnen vorgelegt wird, bildet eigentlich nur den letzten Theilbetrag einer Kreditbewilligung, welche im Prinzip schon im Jahre 1874 stattgefunden hat. Nach dem dem Hause vorgelegten Organisationsplan für die Vervollkommnung der Telegraphenanlagen war für die Jahre 1874 bis 1876 eine Vermehrung der Telegraphenstationen um 647 vorgesehen worden. Es sind nun eingerichtet im Jahre 1874 217 Stationen, 1875 215 Stationen, zusammen 432 mit 5626 Kilometer Linien und 42,498 Kilometer Leitung. Nach den Vorschlägen für 1876 sollen im kommenden Jahre 208 Stationen errichtet werden. Es würde das mit 432 errichteten Stationen zusammen die Zahl 640 ergeben gegenüber von 647, welche in den Organisationsplänen für diese drei Jahre vorgegeben waren. Diese kleine Differenz wird ja reichlich ausgeglichen durch die nie fehlenden Anträge auf Errichtung neuer Telegraphenstationen von solchen Orten, die sich dieser Verkehrsbedürfnis nicht erfreuen. Außerdem sind zwei Kabel angelegt worden; vollständig ist die Anlage eines pneumatischen Systems zur Beförderung der Stadttelegrame u. zur beschleunigten Beförderung der von außerhalb eintreffenden Telegramme u. der Stadtpostbriefe. Die bisher verausgabten Summen erschöpfen den bewilligten Betrag bis auf 200,000 Mark, welche für die Anlage des unterirdischen Röhrensystems in Berlin verwendet werden sollen. Es ist eine Röhrenleitung von 23 Kilometer hier in Aussicht genommen, welche in zwei Haupttheile eingetheilt wird von je 11–12 Kilometer. Die Beförderung innerhalb dieser Röhren wird in je 15 Minuten stattfinden von den Dampfmaschinen, die aufzustellen sind, ausgehend. Es liegt in der Absicht, einen Zug von 10 Wagen alle 15 Minuten abgeben zu lassen, welcher 200 Telegramme, resp. Stadtpostbriefe befördern kann. Bei unbedeutendem Verkehr kann dieser Zug noch öfters juführen. Der wichtigste Theil der neuen Einrichtungen soll aber ein Versuch sein, im Großen eine unterirdische Linie herzustellen, und zwar auf der Strecke von Berlin nach Halle. Die Mängel der oberirdischen Leitungen sind überall bekannt. Ungeachtet alles aufgewandten menschlichen Schaffens ist es noch nicht gelungen, eine oberirdische Leitung, die so vielerlei Stützpunkte bedarf, so zu isoliren, daß kein Stromverlust eintritt, weder so bedeutend ist, daß bei einer 60 Meilen langen oberirdischen Strecke mitunter nur noch ein Viertel Stromstärke vorhanden ist und eine Verkürzung unter erschweren Umständen mitunter vollständig aufhört. Der Temperatureinfluß ist bei den oberirdischen Leitungen oft so bedeutend, daß bei den sehr erheblichen Ausdehnungscoefficienten von Eisendraht bei einem Unterschied von 10 Grad R der feste Durchgang des Drahtes zwischen je zwei Stangen auf die Entfernung von 75 Meter sich immer um zwei bis drei Zehntel Meter verändert, so daß dadurch Drahtbrüche herbeigeführt werden. Die Stürme der letzten Woche haben auf dem ganzen Gefänge ganze Linien niedergelegt und den Verkehr unterbrochen von hier nach Amsterdam, Brüssel, Paris, Mailand, Stuttgart, München, Frankfurt und Köln, und ungeachtet des läßlichen Zifers unserer Telegraphen-Beamte hat es doch mehrere Tage bedurft, um eine Verkürzung auf allen Linien wieder herzustellen. Es sind dadurch dem Handel und Verkehr empfindliche Nachteile verursacht worden, und es kann unter Umständen eine Gefahr für's Vaterland daraus werden. Im Winter kommt es vor, daß der Draht zwischen zwei Stangen eine Eiskruste von 3000 Pfund zu tragen hat, im Sommer erschweren Einflüsse der atmosphärischen Elektrizität das Telegraphiren außerordentlich. Dazu gesellen sich unthunliche und fahrlässige Störungen der oberirdischen Leitungen. Um diesen Uebelständen entgegenzuwirken, hat man schon längst erkannt, daß unterirdische Leitungen anzulegen seien. Es gebührt den Männern, welche in unserem Vaterland die Telegraphie zuerst eingerichtet haben, das Verdienst, daß sie schon in den Jahren 1848–49 unter sehr schwierigen Verhältnissen den, man kann sagen, heroischen Einfluß gekostet haben, ganze Staaten mit unterirdischen Leitungen zu versehen. Unter Vorherrschaft Lenzmann Werner Siemens hat die Gründe, weswegen es damals mißglückte, in einer Broschüre dargelegt. Der Hauptgrund war der, daß man die Drähte bloß mit Gattapexa umhüllte in die Erde gelegt hat. Man kannte noch nicht die vorzüglichsten Maschinen, die das isolirte Material concentrisch nach allen Richtungen und gleichmäßig herumpressen, ohne den Draht zu beschädigen, auch hatte man den Draht viel zu wenig tief in die Erde gelegt. Alle diese Sachen sind jetzt genau bekannt, wir sind jetzt in der Lage, nach dieser Richtung hin benutzt einen solchen Versuch unternehmen zu können. Es blieben noch die sogenannten elektrischen Kabel übrig, aus welchem Anlaß der Reichsfanzler in diesem Sommer eine Kommission von Technikern nach England zur Kenntnisaufnahme der dortigen Erfolge gesandt hat. Bei jedem Kabel erschweren die in demselben erzeugenden Rückströme das Telegraphiren außerordentlich und verhindern es unter Umständen ganz. Zur Neutralisirung dieser Rückströmung muß man das Kabel mit Batterie und Erde verbinden und die von Siemens und Rüchert in neuerer Zeit eingesetzten Instrumente dazu verwenden. Man kann auch zur Neutralisirung der Rückströmung zum Telegraphiren Ströme von entgegengesetzter Richtung verwenden. Der Bericht der vom Reichsfanzler nach England entsendeten Kommission über die Linie zwischen Manchester und Liverpool lautet dahin, daß es der Wissenschaft gelungen ist, durch neu erfundene Instrumente, welche diese Ladung erleichtert, das Kabel Herr zu werden. Wir können also mit vollem Vertrauen in die Anlage dieser unterirdischen Leitungen gehen, die ich vortheilhafter als einen Versuch bezeichnen muß, von dem ich aber hoffe, daß er die darauf gerichteten Anstrengungen mit Erfolg krönen wird. Sollten wir dieses Glück haben, dann werden wir vielleicht im Herbst nächsten Jahres den Plan im Großen aufstellen können und dann die Ausführung unterbreiten können, ob nach Maßgabe der finanziellen

Generalpostdirector Stephan: Es ist mir so voraufkommen, ob der Borsredner das Finanzinteresse so betonte, als fäße er an sich das Bundesrathes und nicht auf den Bänken des Hauses. Wenn die Telegraphie gleichsam als Mitgründer in der Zeit des Börsewindels hinstellt, so kann er das von jedem anderen Verkehrsmittel auf denselben Rechte sagen, vor allen Dingen vom Gelde selbst. (Weiterkeit.) Die Absicht der Regierung ist das Telegraphennetz so weit als möglich auszubehnen. Eine Quelle der Vermehrung des Defizits der Telegraphenverwaltung ist allerdings die große Vermehrung der Telegraphenstationen, der Hauptarund aber ist das Befehlen weiterer Verwaltungen, die einem Zwecke dienen, das Befehlen der Post und Telegraphie neben einander, ein Mißstand, der zu der Entschliegung

Ein totale Steuerreform incl. der Zollreform, wer wünschte sie nicht? Aber sie ist eine Herkulesarbeit, die man verlohungsweise angeht haben muß in der Einnahme eines verhältnismäßigsten Pien, wie es ein, um ihre Schwierigkeiten vollständig zu überbrücken. Mit dem Baue an diesem Wege, unter dem wir jetzt in steuerlicher Beziehung gefangen sind, da sitzen alle Mägen bis in die kleinsten Staaen hinein; jeder hat seine besonderen Wünsche. Eine vollständige Re-



form kann nicht zu Stande kommen, ohne eine bereitwillige, thätige, in die Hände arbeitende Mitwirkung jeder einzelnen partikularen Regierung mit dem Reich. Denn ich kann es nicht als eine Reform ansehen, wenn lediglich neue Reichsteuern aufgelegt werden, ohne daß alte verfallen werden. Ich will über die Frage des Bedürfnisses mit Ihnen gar nicht streiten, ob es richtig ist, daß man sich noch ein oder zwei Jahre ohne Steuern besorgen kann, ob in dem Falle, daß man es kann, es richtig ist, daß man es thut. Diese Frage zu vertreten, will sachkundigeren Personen überlassen. Ich selbst will mich nur über meine prinzipielle Stellung zu dieser Reformfrage aussprechen. — Die einzelnen Bundesregierungen müssen bei einer Reform ihrerseits so viel Steuern aufheben, wie sie an Matrikularbeiträgen ersparen; das zu erreichen, sind aber nicht dem Reichstage, sondern den einzelnen Landtagen die Mittel gegeben. Aber erst dann, wenn wir ihnen die Matrikularumlage erleichtern, ist es Aufgabe der einzelnen Landtage, Brechbatterien gegen ihre Ministerien aufzuführen, daß sie entsprechend der Erleichterung nun auch die drückendsten Steuern in dem einzelnen Lande erleichtern. Das gleichzeitig gewissermaßen Zug um Zug zu machen — ich sehe die Form nicht, in der das geschehen könnte, ich würde mich sonst sehr gern dazu erbieten.

Ich weiß nicht, ob die Gedanken, die ich über Steuerreform habe, im Allgemeinen Anhang finden; es würde mich, wenn sie den nicht fänden, auch das nicht abhalten, sie nach meiner Ueberzeugung zu befolgen und abzuwarten, in welcher Weise es gelingt, sie bei den demütigenden Kö. pers. durchzuführen. Wenn ich zuerst vom Standpunkt lediglich des Reiches spreche, so habe ich das Bedürfnis einer möglichen Verminderung, wenn nicht vollständige Beseitigung der matrikularen Umlagen. Es ist das wohl kaum bestritten, daß die Form der Matrikularumlage eine solche ist, die den kontribuablen Staat nicht gerecht nach dem Verhältnis seiner Leistungsfähigkeit trifft. Ich möchte sagen, es ist eine rohe Form, die zur Ausbesserung dienen kann, so lange man in dem ersten Jugendalter des Reiches demselben eigene Einnahmen zu verschaffen nicht vollständig in der Lage war. Ist es anerkannt, daß es eine Steuer ist, die nicht gerecht trifft, so gehört sie von meinem politischen Standpunkt als Reichsminister nicht zu den Mitteln, die das Reich konsolidieren. Das Gefühl, zu ungerechten Leistungen herangezogen zu werden, entwickelt das Bestreben einer solchen Ungerechtigkeit sich zu entziehen und verknüpfen.

Also aus dem Gesichtspunkt der Befestigung des Reiches — das Reich ist jung im Vergleich zu den einzelnen Staaten; ich möchte sagen, bei allen den Knochenbrüchen, denen Deutschland im Laufe der Jahrhunderte ausgesetzt worden ist und deren Heilung jetzt versucht ist, da ist der callus noch nicht wieder so fest verwachsen, daß nicht Verstärkungen oder ein starker Druck parlamentarischer Nachprüfung und Vergleichens das Reich empfindlicher treffen sollten, als den Partikularstaat. Denn dem und eingeborenen Stammesgefühl entsprechend, ist ja bei uns die Existenz des Partikularstaats bisher vielmehr in succum et sanguinem gedrungen, viel naturwüchsiger, ich möchte sagen, noch heutzutage lebenskräftiger, als Ueberbauern von Stürmen, als dasjenige Reich. Je mehr gemeinsame Reichseinrichtungen wir schaffen, je mehr gemeinsames Reichsvermögen, desto mehr befestigen wir das Reich. Wenn das Reich zu Grunde geht, was Gott verbüte und verhüten wird, so würde ja die Sache sich nicht in nichts auflösen, wie bei anderen Staaten, sondern es würde der status quo ante eintreten. Der preussische Partikularismus, der mächtigste und bei Weitem gefährlichste, mit dem wir zu thun haben (weiter), würde aufschwellen in einer ungemein lebenskräftigen Weise; — also das Unglück, das Reich zu zerstören, ist für unsere deutsche patriotische Empfindung ein außerordentlich schweres, aber materiell ist eine Wiederherstellung einer dem alten Bundesverhältnis ähnlichen Einrichtung vielleicht für jeden auszuhalten, der nicht etwa selbst Bundestagsgefanter gewesen ist. (Heiterkeit.) Ich sage dies nur, um Sie zu bitten, das Reich in seinen Institutionen nach Möglichkeit in den kleinen Dingen zu schonen und zu pflegen, und denen, die sich überbürdet fühlen, und wie ich glaube, mit Recht etwas mehr Schonung und nicht die rein theoretische Härte entgegen zu tragen.

Ich kam über meine Gemütsbewegung gegen partikularistische Bestrebungen von der Frage der Reform ab, um Ihnen zu sagen, wie ich sie verheße. Ich glaube, daß ich die Pflicht habe, meine Meinung darüber darzulegen, und daß ich vielleicht Manches Ueberzeugung anstoße, wenn ich mich von Hause aus für indirekte Steuern erkläre und die direkten für einen harten und plumpen Nothbehelf nach Ähnlichkeit der Matrikularbeiträge halte, mit alleiniger Ausnahme, ich möchte sagen, einer Anstandssteuer, die ich von der direkten immer aufrecht erhalten würde, das ist die Einkommensteuer der reichen Leute, — aber wohlverstanden nur der wirklich reichen Leute, die heutige Einkommensteuer, wie sie bis zum Vermögen von 1000 Thlrn. geht, trifft nicht bloß reiche Leute. Es giebt Lagen des Lebens, in denen man mit 1000 Thaler wohlhabend ist, das ist richtig; es giebt aber auch Lagen, in denen man mit 1000 Thlrn. sehr gedrückt und genirt lebt, wo man nur mit Mühe die Kindererziehung, die äußere Erziehung, die Existenz, die Wohnung bestreiten kann. Sie werden sagen, es sind das Ideale, die ich vortrage. Ich glaube aber, Sie haben Recht, die Ideale Ihres verantwortlichen Beamten zu kennen. Ich glaube, man sollte von den direkten Steuern als einer Anstandssteuer die Einkommensteuer beibehalten, aber nicht als Finanzsteuer, sondern mehr als Ehrensteuer. Diefelbe kann so ungeheuer viel nicht einbringen, wenn sie nur von den wirklich Reichen gezahlt wird. Wenn Sie die Steuerlisten ansehen und streichen die Einkommensteuer von 1000 Thlr. und bis zu 2000 Thlr. und ziehen nur diejenigen zur Einkommensteuer heran, die unter allen Umständen als wohlhabend zu betrachten sind, dann halte ich die Steuer für eine richtige, aber nicht eintägliche. Im Uebrigen aber ist das Ideal, nach dem ich strebe, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatbedarf aufzubringen. Ich weiß nicht, ob Sie eine französische Stimme vor Kurzem in den Zeitungen gelesen haben, die sich darüber wunderte, daß wir Deutsche im Vergleich mit Frankreich unsere Steuerbelastung so ungebührlich trügen, Frankreich zahle doppelt so viel, und hätte viel mehr Ursache zur Unzufriedenheit, und in Frankreich würde über Steuerdruck in keiner Weise gemurmelt, während in Deutschland alle Blätter und alle parlamentarischen Äußerungen darüber voll wären. Ich will über die Möglichkeit dieses Urtheils nicht streiten; die deutsche Geduld ist ja sonst sprichwörtlich; aber vielleicht nicht der eigenen Regierung gegenüber. (Heiterkeit.) Ich glaube aber, daß es wesentlich darin liegt, daß in Frankreich wie in England die überwiegende Masse der Staatsbedürfnisse durch indirekte Steuern aufgebracht wird. Die indirekten Steuern — was auch theoretisch gegen dieselben gesagt werden mag — faktisch ist, daß man sie weniger fühlt. Es ist schwer zu berechnen, wie viel der Einzelne bezahlt — der Einzelne kann sich nicht genaue Rechenschaft darüber ablegen — und wie viel auf andere Mitglieder abgibt. Von der Klassensteuer aber weiß er ganz genau, was auf ihn kommt, und es ist so wunderbar, wenn man bei indirekten Steuern mit einem Mitleid, das ich früher einmal als hochtöricht zu bezeichnen mir erlaube, — ich will den Ausdruck heute nicht wiederholen, um nicht denselben Unwillen zu erregen — von der Peise des armen Mannes, von dem Licht des armen Mannes spricht, und demselben armen Mann seine Lebenslust, seinen Athem befeuert; denn die direkte Steuer, die muß er zahlen, so lange er atmet, wenn er stirbt, ist er frei. Bei der direkten Steuer wird nicht danach gefragt: kannst Du Deinen Trunk Bier unter Umständen entbehren? kannst Du den Tag rauchen? kannst Du die Beleuchtung des Abends einschränken? sondern so muß er zahlen, er mag Geld haben oder nicht, er mag verschuldet sein oder nicht, und was das Schlimmste ist, es folgt die Exekution, und nichts wirkt auf die Gemüther mehr, als das Exequieren von Steuern wegen weniger Groschen, die für den, der sie zahlen soll, ausenblich unerschwinglich sind. Der Grobchen ist gleich einer Million für den, der ihn nicht hat und ihn nicht im Augenblick der Fälligkeit erlöschnen kann und der sich sagt, so und so viel kriegt dieser Beamte Gehalt, so und so viel geht auf unnützig scheinende Ausgaben, und ich werde hier um mein bißchen Geld exquirirt. Solches Geld kommt von direkten Steuern. Laßt nur die direkten Steuern den städtischen Verwaltungen, möchte ich als Landbewohner sagen, dann wird der starke Zug nach den Städten einigermassen mit der Zeit aufhören. Für den Staat aber ist es meiner Ueberzeugung nach die Aufgabe, nach Ana-

logie von England, Frankreich nach indirekten Steuern zu streben. In Frankreich kenne ich wohl die Grundsteuer, diese hat aber in ihrer dauernden Wirkung nicht mehr die Natur einer Steuer, sie hat bei der Auslegung nur die einmalige Wirkung einer Konfiskation, eines bestimmten möglichen oder unmöglichen Vermögensanteils; aber im übrigen hat sie nicht die Wirkung einer Steuer, sondern die einer Realabgabe, die der nächste Käufer oder Erbe übernimmt. Man hat sich daran gewöhnt und hat von Grund und Boden nicht mehr gesagt. — Ich bekenne mich unbedingt zu dem System der indirekten Steuern, ich glaube auch, daß die indirekten Steuern sich vielmehr in das Niveau, das Gleichgewicht setzen in Beziehung auf die Frage, wer sie denn eigentlich trägt, als man gewöhnlich annimmt. Wenn ich, um mich von der Sache nicht zu entfernen, der Neigung von der Schlachtsteuer zu sprechen widerstehe und mich an die Biersteuer halte, so bin ich der Meinung, daß auch der Nichtbiertrinker an dieser Biersteuer seinen erheblichen Antheil tragen wird. Er braucht Dienstleistungen in großer Menge; nicht bloß die direkten Dienstleistungen eines Domestiken im Hause, der doch auch an das Bier gewöhnt ist und dasselbe in seinen Lohn verlangt, sondern Dienstleistungen, die sich die Handwerker untereinander leisten. Ich werde in den Paar Stiefeln das Bier, das der Schuhmacher zu trinken pflegt und was zu seinen täglichen Bedürfnissen und Gemüthsbedürfnissen gehört, vergüten müssen pro rata parte (Heiterkeit). Und so könnte man die Beispiele bis ins Unendliche vervielfältigen; durch versteuertes Brot, durch versteuertes Bier und versteuertes Fleisch wird aber jede der Dienstleistungen, die wir von einander verlangen, um so viel versteuert als nöthig ist, um den Dienstleister resp. Verfertiger des gebrauchten Objektes in die Lage zu versetzen, daß er seinen Bedürfnissen nach existieren kann. Ich glaube, daß auf diese Weise die indirekten Steuern sich von selbst vollständig ins Gleichgewicht bringen.

Mein Bestreben wäre also Verminderung der Matrikularbeiträge, soweit es sein kann. Zur gänzlichen Abschaffung ist es noch sehr weit hin, und da möchte ich auch dem Motive der Beibehaltung entgegen treten, welches daraus entnommen wird, daß das Bewilligungsrecht eines Gesetzes der Matrikularbeiträge eine parlamentarische Nachfrage wird. Die Macht des Reichstages beruht auf Recht, Gesetz und Verfassung. Eine nicht bewilligte Ausgabe wird ganz sicher nicht geleistet, und mit einer Regierung, die unbewilligte Ausgaben zu bewilligen gesonnen ist, mit der wird auf die Dauer kein verfassungsmäßiges Auskommen sein. Ihre Macht ist meines Erachtens vollständig gewährleistet, aber selbst, wenn sie mehr bedürfen, so sollten sie lieber suchen, diese Macht auf dem Gebiete der Territorialverfassungen zu üben; sie stehen fester und als Reichsminister habe ich nicht das für sorgen, wenn sie von ihrer Opposition bedrängt werden. Das Reich ist wirklich, ich wiederhole es, noch in sich verwachsen genug, um der Boden zu sein, auf dem Kraftproben angestellt werden können. Indessen wir kommen diesem Punkte noch lange nicht nahe; soviel ich mich an die Bittern erinnere, handelt es sich hier um 13 oder 14 Millionen Mark für die beiden Steuern gegenüber den 87 Millionen Mark Matrikularbeiträge. Es fragt sich bloß, ob Sie uns helfen wollen, einen Schritt in der Richtung einer Reform zu thun, wenn wir die ganze Reform nicht leisten können. Die letztere wird in erster Linie immer in Reich anfangen müssen, die Partikularstaaten können erst nachfolgen, auch die Bälle stehen dem Reiche zu. Ich bin der Meinung, daß wir in unseren Bällen, ganz unabhängig von der Frage, wie hoch jedes Einzelne besteuert werden soll, uns doch frei machen von dieser zu großen Masse von zollpflichtigen Gegenständen, daß wir uns auf das Gebiet eines reinen, einfachen Finanzsystems zurückziehen und alle diejenigen Artikel, die nicht wirklich Finanzartikel sind, d. h. nicht einen hinreichenden Ertrag geben, über Bord werfen, daß wir die zehn oder fünfzehn Artikel, die die größte Einnahme gewähren, so viel abgeben lassen, wie wir überhaupt aus den Zollquellen für unsere Finanzen nehmen wollen. Als solche Gegenstände der Verzollung und zugleich einer entsprechenden Besteuerung im Inlande sehe ich im Ganzen an diejenigen Verzehrungsgegenstände, deren man sich, ohne das Leben zu schädigen, in gewissem Maße wenigstens zu enthalten vermag, wo man in gewissem Maße den Regulator seiner eigenen Beiträge zum öffentlichen Steuerfiskus in so weit in der Hand hat, daß man weiß, wenn ich zwei Seidel trinke, so zahle ich zwei Pfennige, — soviel mag darauf kommen, ich weiß es nicht — und wenn ich zehn Seidel brauche, so zahle ich zehn Pfennige, dasselbe ist der Fall mit dem Kaffee und vor Allem mit dem Tabak. Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Summen steuert, so sehr ich jedem Raucher das Vergnügen abhane; denn der Branntwein hat heut zu Tage einen großen Absatz, und ähnlich steht es auch mit dem Bier, dem Branntwein, dem Zucker, dem Petroleum, und alle diese großen Verzehrungsgegenstände, gewissermaßen die Luxusgegenstände der großen Masse. Die Luxusgegenstände der Reichen würde ich sehr hoch zu besteuern geneigt sein, sie bringen aber dem Staatsfiskus nicht viel ein. Erbsen und Equipagen, was können die einbringen? Da kommen wir in eine Menge kleiner Gegenstände, pariser Toilettengegenstände u. dergl. Ich würde sie mit dem Bolle unter Umständen sehr hoch fassen. Indessen würde ich darüber keine Rathschläge geben, sondern nur im Allgemeinen das System entwickeln, nach dem ich streben würde, wenn sich dieses Streben so leicht realisiren ließe wie die Gedanken, die eben leicht im Kopf bei einander wohnen, aber im Raume da stoßen sich fünfundzwanzig Regierungen und die verschiedenen Interessenten und die Parlamente, ja selbst schon die Ministerien in sich und die eigenen Mitarbeiter, wie wir hier bei einander sitzen, sehr einig unter uns, selbst wir würden, vollständig ausgeschüttet, eine Menge einander bekämpfender Gedanken zum Vorschein bringen (Heiterkeit), die man um des Friedens willen sich verschweigert und da ist die Herstellung einer Einigung über große, durchgreifende Reformen eine Herkulesarbeit, für die eine ganze Compagnie von Herkulesen — wenn der Plural erlaubt ist — nicht ausreichend wäre, und so aufreißend, wie heut zu Tage eine ministerielle Krisis ist, — ich spreche gar nicht von der Meinung, — das sehen die Herren vor sich, im Landtage, im Reichstage, im Bundesrathe fortwährend beschäftigt sind. Wo soll denn die Zeit herkommen, in der irgend Jemand, geschweige die große Menge, die daran mitzuarbeiten hat, in voller Ruhe und mit derjenigen Besonnenheit, die ein disziplinirter, disziplinirter Welt verlangt, vergleichen ausarbeiten im Stande wäre. Die Arbeit kann auch dadurch nicht gefördert werden, wenn, wie der Abgeordnete Richter empfahl, anstatt der jetzigen, reichsständischen Verfassung, dem Reiche ein kollegiales Ministerium gegeben würde. Ein Jeder, der eine Zeit lang Minister gewesen ist, weiß, wie viel langwieriger, schwieriger, aufreibender und angreifender für jeden einzelnen Beteiligten im Kollegialministerium arbeitet. Außerdem fällt ja die Verantwortlichkeit vollständig weg, sobald ein Kollegium entscheidet. Es ist eine Fiktion, daß dem kollegialen abstimmen Ministerium die Verantwortlichkeit zufällt. Man denke sich den preussischen Ministerpräsidenten angewiesen auf die Unterstützung von den beiden Jhnen aus dem Budget bekannten Räten, dem Herrn Unterstaatssekretär und den zwei Hülfsräthen. Wenn die also ein Finanzprojekt ausarbeiten sollten, zu der das Finanzministerium an sich nicht geneigt wäre, so befinden sie sich in vollständiger Hilflosigkeit und müssen akzeptieren, was geboten wird. Also ist die Verantwortlichkeit eines Ministerpräsidenten für das, was in der Regierung geschieht, eine sehr beschränkte. Er hat nichts zu befehlen und nichts zu sagen. Er hat kein Ressort. Alle anderen sind wenigstens in ihrem Ressort unabhängig, der Ministerpräsident kann nicht einen Nachwächter selbstständig ernennen, er hat immer nur zu bitten, zu beschwören, zu vermitteln, wenn Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, aber zu sagen hat er eben gar nichts. Zu einer so undankbaren Rolle, wie die eines Ministerpräsidenten in einem kollegialen Ministerium ist, würde ich mich, wenn ich nicht gewöhnt wäre, aus alter Anhänglichkeit mich den Wünschen meines Königs und Herrn zu fügen unter keinen Umständen weiter hergeben. So undankbar, so machtlos, so ohnmächtig und dabei doch so schwer verantwortlich ist diese Rolle. Verantwortlich kann man eben nur sein für das, was man selbst freitlich thut, ein Kollegium ist für nichts verantwortlich, auch die Majorität nicht, sie ist später nicht aufzufinden. Man sagt, der einzelne Ministerpräsident sei verantwortlich. Wo ist aber ein Ressort so gefontert, daß es nicht der Mitwirkung von zweien und dreien An-

bern zur Durchführung seiner Maßregeln und Pläne bedürfte, die es aber vielleicht nicht gefunden hat. Die ganze Verantwortlichkeit wird eine fiktive, wenn sie einem Kollegium gegenüber geltend gemacht werden soll, ganz abgesehen davon, daß wir abstimmen Kollegien nachgerade im Reiche genug haben, den Bundesrat und Reichstag nicht bloß, sondern sämtliche parlamentarische Einrichtungen. Es ist gewiß sehr bequem, im Kollegium beschließen zu lassen und zu sagen: „Das Ministerium hat beschlossen, anstatt zu sagen: ich, der Minister, trete ein; fragt man ein Kollegium: wie ist das eigentlich gekommen? so wird jeder achselzuckend es anders erzählen, wenn das Beschlossene mitschlägt ist, Niemand wird verantwortlich sein. Daß bei der Kollegialverfassung schneller und durchsichtiger gearbeitet wird, das wird Niemand einräumen, der beide Sachen mit durchgemacht hat — schon die Repliken und Dupliken und Quadrupliken und Quintupliken unter verschiedenen Ministern, wo keiner entscheiden kann, als daß man schließlich zu dem Ausfallsmittel eines Konfiskats unter Vorst. Sr. Majestät, wozu doch sehr selten und sehr schwer geschritten wird, ergreift, würden wir im Stande sein, Ihnen das Reichsbudget zur rechten Zeit vorzulegen, auch in diesem Jahre nicht, wenn wir nicht das Entscheidungsrecht eines allein verantwortlichen Kanzlers hätten. Nur Einer kann verantwortlich sein, die Anderen können nur dafür verantwortlich sein, soweit sie durch die kanzlerliche Verantwortlichkeit nicht gebet sind, und ich verheße die Verantwortlichkeit der Minister nicht in der Weise, daß ich in jeder einzelnen Branche die Einzelheiten damit glauben decken zu können; ich glaube nur dafür verantwortlich zu sein, daß an der richtigen Stelle die richtigen Personen, adäquat und kundig ihres Geschäftes sind und daß äußerlich erkennbare prinzipielle Fehler, namentlich solche, auf die der Reichstag aufmerksam gemacht hat, nicht dauernd eintreffen. Für Einzelheiten kann ich nicht verantwortlich sein, sondern da muß jeder Reichsminister — denn wir haben deren und werden deren, wie ich glaube und wünsche, mehr bekommen — das auswärtige Amt, die Marine, die Eisenbahnbeförderung, wir haben neuerdings die Post und Telegraphie — kurz und gut, es kann sich ja ausbilden, und ich wünsche z. B. dringend, daß die Verwaltung von Elsaß Lothringen selbstständig gestellt wird; ich kann in die Details der Landesverwaltung auch viel weniger hineinschauen, in die Details eines Reichsministeriums, — wenn die personalen und anderen Fragen sich überwinden lassen, so bin ich der Erste, der den Tag mit Fremden begrüßt, wo meine Verantwortung auf das Maß des wirklich dem Lande verantwortlichen Premier-Ministers reduziert wird, und ich neben mir einen in erster Linie dem Kanzler und durch den Kanzler dem Lande, in den nicht durch den Kanzler gedeckten Thesen auch direkt dem Lande verantwortlichen Minister für Elsaß Lothringen sehe, — ich will das nicht weiter analysiren. Ich will nur sagen, daß Sie die Sachlage nicht richtig beurtheilen, wenn Sie glauben, daß meine Abwesenheit leichter zu vertreten wäre, wenn ein kollegiales Ministerium bestände, oder daß die Geschäfte dabei irgend etwas gewinnen würden; das Reich würde an der raschen Aktionsfähigkeit, die es jetzt besitzt, an einseitiger Festigkeit verlieren; die Reichsexekutive — denn etwas anderes ist ja nicht auf Seiten des Kanzlers und des Kanzleramtes nach der ursprünglichen Verfassung — würde in sich gespalten, gelähmt und uneinig werden, und auch für die Zeit, wo ich nicht mehr in eigenem Interesse diese Rechte vertreten würde, möchte ich meine Herren Kollegen und die Mitglieder des Reichstages dringend warnen, an dieser nützlichen Einrichtung, die der einen englischen Premierminister entspricht, nicht abzugeben; in Preußen ist es die Konglomeration von 8 Ressorts, deren jedes einen unabhängigen Staat bildet, und es wäre vielleicht nicht schlimmer, wenn jede der 11 Provinzen ihren Minister hätte, wie es früher Minister von Schießen gab, und diese mit einander zu berathen und zu beschließen hätten. Wir ständen vielleicht nicht so schlimm, als bei dieser Tod-Teilung des Staates in Ressortstaaten, wo jedes einzelne sich auf seine ausschließliche Verantwortlichkeit berufen kann, in der That aber Niemand verantwortlich ist und kein Ressort in das andere hineinschauen kann. — Verzeihen Sie, wenn ich weitläufig werde in dieser Sache, aber „Was das Herz voll ist, davon geht der Mund über“, davon kann ich keine Ausnahme machen; aber wenn ich für Darlegung meiner Steuerreform auf das nächste Gesetz insoweit übergreifen kann, daß auch die Stempelabgaben gerechter vertheilt werden, wie es durch jene Vorlage zum ersten Male versucht wird. Es ist dies allgemein anerkanntes Bedürfnis. Die jetzige Besteuerung alles Verkehrs, der den Grundbesitz betrifft, mit Stempeln, ist ja erstaunlich ungerecht im Vergleich mit der, welche die mobilen Kapitalien in allen Geldgeschäften, dem Ankauf von beweglichen Sachen, Auktionen und dergl. zahlen. Wenn ich für den Verkauf eines jeden immobile ein volles Prozent geben muß, wenn ich bei der Verpachtung eines Gutes die ganze Pachtsumme vormweg, wenn ich auf 30 Jahre verpachte, die im Jahre 1905 fällige Rate schon jetzt im Jahre 1875 versteigern muß, als wenn sie baar auf den Tisch gezahlt wurde, so sind das den Grundbesitz treffende Ungerechtigkeiten, die bei der Reform remittirt werden. In dieser Richtung wird also das nächste folgende Stempelgesetz Ihnen eine Abzahlung, ein Entgegenkommen liefern, und ich möchte Sie bitten, aus diesen Erörterungen alle Fragen der Macht und in Folge dessen der Verhinderung zu entfernen und allein mit sachlicher Prüfung der Sache näher zu treten. Sie haben aus der Rede des Herrn Finanzministers zum Theil entnommen, es läge ihm wenig daran, daß die Vorlagen durchgebracht würden. Es ist dies, wie er Ihnen auch versichern wird, ein Irrthum. Er hat damit sagen wollen: wenn Sie diesen unsern wohlgemeinten Versuch des ersten Schrittes zu einer Steuerreform ablehnen, so sind Sie allerdings in Ihrem Rechte, wir können nichts dagegen machen, als daß wir damit wiederkommen, bis Sie oder wir die Ueberzeugung ändern oder andere Personen aus Ruder treten. Von Empfindlichkeiten, Kabinettsfragen und dergleichen kann hierbei nicht die Rede sein. Es ist Ihre Sache, die Steuern so aufzubringen zu helfen, wie es dem Lande am nützlichsten ist und wenn Sie nicht unserer Meinung sind, so müssen wir uns mit der Hoffnung trösten, daß Sie es künftig sein werden. Also in diesem Sinne möchte ich Sie bitten, zunächst das Gesetz für die Bierbesteuerung anzusehen, das noch den großen Vortheil hat, daß es die Besteuerung für Nord- und Süddeutschland einander annähert und daß es der rechte Schritt, und zwar in der Verfassung vorgesehene Schritt ist auf der Bahn einer künftigen Gleichstellung, die zwar noch immer nicht zu erreichen sein wird, so lange der norddeutsche Verkehr im Bierre dem süddeutschen nicht gleichkommt. — Die Süddeutschen haben eine sehr viel höhere Einnahme, weil in Süddeutschland viel mehr Bier getrunken wird pro Kopf; es ist aber auch sehr viel besser. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß die Erhöhung der Steuer vielleicht zu besserem Bierre führen wird, daß die elende Fälschung, die in Norddeutschland zum Theil unter dem Namen Bier gegeben wird, die Steuer gar nicht werth sein wird, gerade so wie früher bei der Schlachtsteuerverpflichtung in den Städten kein schlechtes Fleisch auf den Markt kam, weil es die Steuer nicht lohnte. Ich gebe mich also der Hoffnung hin, daß die Steuer das Bier nicht verfaulen wird, sondern im Gegentheil die Steuerzahler den Ernst des Geschäftes einsehen und ein besseres Bier als bisher brauen werden. In dieser Hoffnung bitte ich Sie, das Gesetz anzunehmen. (Beifall.)

(Schluß folgt.)

## Parlamentarische Nachrichten.

\* Die Wahl des konserverativen Abgeordneten von Sehdemisch für den Reichswahlkreis Rottenburg-Hohersboda, ist, von der siebensten Abtheilung des Reichstages für gültig erklärt worden. Die Abtheilung beschloß zugleich, an den Reichskanzler das Ersuchen zu stellen, dem betr. Landrath für Gestattung des Herumtragens von Wahlzetteln durch Gendarmen, wie auch den Gendarmen selbst eine Klage zu ertheilen. Im Plenum des Reichstages wird indeß wahrscheinlich der Antrag auf Ungültigkeit der gedachten Wahl gestellt werden. Die amtliche Beeinflussung der Gendarmen ist in so fern festgestellt worden, als sie bei der Vernehmung gestanden haben, daß sie die Wahlzettel packetweise geordnet im Lokale des Landrathsamts auf einem Tische vorfanden, mitnahmen und unter die Wähler vertheilten.



# Lokales und Provinzielles.

Bosen, 23. November.

r. Dem hiesigen Kommerzienrath Samuel Jaffe ist der Kronenorden IV. Klasse verliehen worden.

r. Die Finanzlage der Stadt war Ende d. J. 1874 nach dem Rättschen Verwaltungsberichte folgende: die Kammereinnahme hatte eine Einnahme von 223,449 Thlr. und eine Ausgabe von 229,221 Thlr., indem die Mehreinnahmen und Minderausgaben von 20,589 Thlr. gegen den Etat Mindereinnahmen und Mehrausgaben von 26,862 Thlr. gegenüberstehen, so daß mithin 5772 Thlr. über den Etat verausgabt sind. Während die Jahresrechnung pro 1873 noch einen Bestand von 14,382 Thlr. baar und 5202 Thlr. Vorschuß ergab, weist die Jahresrechnung pro 1874: 10,403 Thlr. baar und 3409 Thlr. Vorschuß nach, also 3979 Thlr. baar und 1793 Thlr. Vorschuß weniger. Am Schlusse d. J. 1873 waren 9181 Thlr. als wirklicher Baarbestand vorhanden, am Schlusse d. J. 1874 nur 6994 Thlr. Die Mehreinnahmen beruhen hauptsächlich darauf, daß über 7000 Thlr. an Kommunalsteuern mehr aufgezogen sind. Die Mindereinnahmen lassen sich hauptsächlich auf einen Ausfall bei der Wahl- und Schlachtsteuer und Ausfall an Zinsen von Wertpapieren zurückführen. Die Minderausgabe besteht aus Gehaltsersparnissen und einer Minderausgabe von beinahe 9000 Thlr. bei den Armenentzügen. Die größte Ueberschreitung ist bei Titel XXI b. ad extraordinaria erfolgt: sie betrug 16,280 Thlr., indem pro 1874 nur 731 Thlr. im Etat bewilligt worden waren, während im Jahre 1873 15,663 Thlr. unter diesem Titel verausgabt wurden. — Die Schulden der Stadt betragen Ende 1874: an den Reichsindemnifikationsfonds 750,000 Thlr., nicht eingelöste Obligationen 31,740 Thlr., aufsummiert 781,740 Thlr. Im Jahre 1873 betrug die Schuldenlast 260,585 Thlr., so daß sich somit die Schulden der Stadt um 521,155 Thlr. vermehrt haben.

— Zwei neue polnische Zeitschriften sollen von Neujahr ab in unserer Stadt das Licht der Welt erblicken. Die eine für die mittleren Stände bestimmt, wird unter dem Titel „Oswiata, tygodnik katolicki-narodowy“ (die Bildung, katholisch nationales Wochenblatt) im Verlage des Besitzers der Firma Dąbrowski, die andere unter dem Titel „Gwiazda“, tygodnik ilustrowany ludowy (der Stern, illustriertes Wochenblatt für das Volk) im Verlage und unter der Redaktion des Domvikars Dąbrowski erscheinen. Herr Dąbrowski war bekanntlich bis vor Kurzem Redakteur des im Verlage von Dąbrowski erscheinenden Wochenblatts „Niedziela“.

— y. Rissa, 21. November. [Stadtverordnetenwahl.] Bei den am 19. d. abgehaltenen Ersatzwahlen für die Stadtverordnetenversammlung sind die Stadtverordneten Gerndt, v. Butz, Seiffert und Gymnasiallehrer Braun neu gewählt worden. (Bei den Wahlen erregte sich übrigens, wie man dem „N. A.“ schreibt, ein interessanter Zwischenfall. In der 2. Abtheilung, in welcher zwei Stadtverordnete zu wählen waren, hatten drei Kandidaten, und zwar die Herren M. J. Adam, C. Raubut 61, und Dr. Swarzenski 48 Stimmen erhalten. Jeder derselben hatte die absolute Majorität, welche 46 Stimmen betrug. Der Vorsitzende des Wahlvorstandes erklärte, daß zwischen den beiden Letzteren eine engere Wahl innerhalb 8 Tagen stattfinden werde. Herr Raubut behauptete, daß ein definitives Wahlergebnis vorhanden sei, weil sowohl Dr. Adam als er selbst die absolute Majorität erlangt haben. Er fragte, sprach Oberlehrer Teplitz sich dahin aus, daß in solchen Fällen bei früheren Wahlen diejenige als gewählt proklamiert wurde, welche die meisten Stimmen hatten. Der Vorsitzende beharrte jedoch auf seinem Ausspruch. Am nächsten Tag wurde in jedem Falle als Stadtverordneter zu behalten, beschloß nun die 1. Abtheilung denselben neben Apotheker Wimmer in erster Linie sofort zu wählen und dann das Ergebnis einer event. engeren Wahl abzuwarten. Es kam jedoch nicht erst zur Wahl des Herrn Raubut durch die 1. Abtheilung, denn bei der Verlesung der Baragraphe, die jeder Wahl vorangeht, erklärte der Vorsitzende, daß er sich geirrt habe und daß der Wiedereisitzer Herr Raubut mit den zwei meisten Stimmen und absoluter Majorität unweifelhaft gewählt sei und proklamierte dessen Wiederwahl auf weitere 6 Jahre. Die erste Abtheilung lehnte nach dieser Erklärung sich ihren früheren Kandidaten wieder zu und wählte mit großer Majorität die Herren Apoth. Wimmer, Hotelbesitzer Seiffert und Gymnasiallehrer Braun. Die Wahl der drei Abtheilungen dauerte von 9 Uhr Morgens bis 12 1/2 Uhr Mittags. Die Betheiligung war eine ungewöhnlich lebhaft. Die Partei Moll und deren Anhänger haben den vollkommendsten Wahlsieg errungen, trotz bedeutender Gegen-Agitationen.)

Δ Binne, 21. November. [Wahl eines Kreisrathes.] An Stelle des hiesigen Kreisrathes Deputierten zum diesseitigen Kreisrath für Binne, des hiesigen Ackerbürgers und Gasthofsbesizers Herrn Heydich, wählte dieser Tage die Stadtverordneten-Versammlung den hiesigen Bürgermeister und Distriktskommissarius Herrn Schabitzowski zum Kreisdeputierten und zu dessen Stellvertreter den Ackerbürger Herrn Stanislaus Boguslawski.

## Staats- und Volkswirtschaft.

22 Kreditirung der Gefälle. Der § 48 des Begleitfchein Regulativs bestimmt, daß wegen Ueberschreitung der zur Vorlegung eines Begleitfcheins II. und Einschätzung des überwiegenen Eingangszoll bei dem Empfangsamte bestimmten Frist, ein Strafverfahren nicht eintreten solle. — Diese Anordnung hat zu mehreren unstatthafter Verschleppungen seitens der Begleitfchein-Empfänger Veranlassung gegeben und war deshalb beim Bundesrath von verschiedenen Kommissarien der Antrag gestellt worden jene Veranlassung aufzuheben. — Der Bundesrath hat vorläufig und bis auf weitere Erfahrungen von einer Änderung jener Anordnung jedoch abgesehen und nur bestimmt, daß im Falle der Ueberschreitung der nach oben bezeichneten Regulative in einem Begleitfchein II. vorgeschriebenen Gefällefrist eine Kreditirung des überwiegenen Zollbetrages nicht eintreten darf.

\*\* Hamburg, 22. November. In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Kommerzbank wurde der von Arnold und Genssen gestellte Antrag, betr. die Revirierung des Aktienkapitals durch Rückkauf auf die Summe von 16,500,000 Mark mit 1542 gegen 21 Stimmen angenommen.

\*\* Leipzig, 22. November. Die Leipziger und die Sächsische Bank haben den Wechselkurs auf 5 und den Lombardkurs auf 6 pCt. herabgesetzt.

\*\* Freiburger 15 Frank-Roose. Verlosung vom 15. Novemb. 1875. Hauptgewinne: Ser. 2848 Nr. 14 a 45,000 Fr. Ser. 4618 Nr. 45 a 4000 Fr. Serie 1028 Nr. 22 a 1000 Fr. Ser. 317 Nr. 45, Ser. 1580 Nr. 44, Ser. 3924 Nr. 16, Nr. 4689 Nr. 27, Ser. 6149 Nr. 5, Ser. 6241 Nr. 41 a 250 Fr. Ser. 393 Nr. 29, Ser. 1455 Nr. 26, Ser. 1542 Nr. 3, Ser. 2848 Nr. 734, Ser. 2367 Nr. 23, Ser. 3322 Nr. 45, Ser. 3425 Nr. 24, Ser. 3483 Nr. 36, Ser. 4078 Nr. 4, Ser. 4680 Nr. 28, Ser. 5593 Nr. 19, Ser. 5882 Nr. 32, Ser. 5997 Nr. 16, Ser. 7193 Nr. 38, Ser. 7392 Nr. 17 a 125 Fr.

\*\* Konstantinopel, 22. November. Von der Banque imperiale ottomane wird bekannt gemacht, daß die dem Staatskassazuge gemachten und jüngst rückzahlbar gewordenen zeitweiligen Anleihen erneuert worden seien und erst nach Ablauf des Monats Januar l. J. in Monatsraten zurückgezahlt werden sollen; als Grund wird angegeben, daß die Bezahlung der Zinsen auf die öffentliche Schuld gesichert werden solle.

## Ver mis ch t e s.

\* Ein nobler Spitzbube. Der berühmte Witzkerl befindet sich augenblicklich im städtischen Krankenhaus zu Berlin. Als sich ihm neulich ein junger Arzt, der ihn untersuchen wollte, scheinbar schüchtern und furchtsam näherte, redete ihn Witzkerl mit den Worten

an: „Mein Herr! Sie brauchen sich vor mir durchaus nicht zu fürchten, gebildete Leute behandle ich stets anständig.“

\* Der Hilfsprediger Koch aus Barchim, welcher seit dem 9. Oktober d. J. vermisst wird, hat sich bis heute nicht wiedergefunden, und es ist bisher keine Spur über seinen Verbleib entdeckt worden. Derselbe hat an dem genannten Tage Barchim verlassen und sich wahrscheinlich nach Berlin begeben. Man fürchtet, daß ihn ein Unglück betroffen hat. Der Vermisste ist 28 Jahre alt, von mittelgroßer Statur, hellblonden Haaren und hellblondem dünnen Vadenbart und war bei seinem Verschwinden mit schwarzem Rock, Hose und Weste, dunkelgrauem Sommerüberzieher und niedrigem schwarzen Filzbut bekleidet. Er führte Effekten in einem gelbledernen Handkoffer, sowie eine silberne Taschenuhr ohne Kette bei sich.

\* Maimund's „Verschwender“ steht gegenwärtig wieder auf dem Repertoire des kgl. Theaters in Berlin. Die Aufführung erfolgt im Opernhaus. Gelegentlich dessen wird ein darauf bezüglicher Zensurklausen „aus guter alter Zeit“ wieder erzählt. Mitte der 30er Jahre wurde von dem damaligen breslauer Zensor, Polizei-Präsidenten Heintke, die Aufführung dieses Stückes davon abhängig gemacht, daß der Name des Titelselben „Flottwell“ in „Flottung“ umgeändert werde. Heintke kam auf diesen Punkt, weil der damalige Ober-Präsident der Provinz Bosen „Flottwell“ hieß!

\* Das russische Hengstgespann des Dr. Stroussberg ist nicht, wie es anfangs hieß, in den Besitz des Bankiers Landau übergegangen, sondern demselben ist die Ehre zu Theil geworden, den Marfial des Kaisers zu komplettiren. Derselbe besitzt nun drei russische Gespanne. Die Stroussberg'schen Hengstgespanne sind jedoch keineswegs Muster von Vollkommenheit trotz der Höhe, auf welche die Liebhaber den Preis bei der Auktion trieben.

\* Originelles Mittel gegen den Trunk. Der Besitzer eines Kramladens in den Vereinigten Staaten, dessen Frau sich dem Trunk ergeben hatte, versiel auf das originelle Mittel, einen Papagei abzurufen zu lassen und in seinem Laden aufzuhängen. Jedemal, wenn die Frau wieder heimlich einen genehmigen wollte, ertönte mit schnerender Stimme der Warnungsruf: „Louise, trink Wasser!“ Die Frau, Anfangs sehr erzürnt über den Stör ihrer heimlichen Libationen, sah endlich ihr Unrecht ein, und es gelang ihr mit Hilfe des warnenden Zurufes, der gefährlichen Leidenschaft zu entsagen.

## Telegraphische Nachrichten.

Magdeburg, 22. November. Bei der heute hier stattgehabten Nachwahl eines Landtagsabgeordneten für den 4. sächsischen Wahlkreis (Stadt Magdeburg mit Neustadt und Sudenburg) wurde der bisherige Abgeordnete, Direktor des kgl. Staatsarchivs und des geheimen Staatsarchivs, Prof. Heinrich v. Sybel (Berlin), mit 301 Stimmen einstimmig wiedergewählt.

Karlruhe, 22. November. Der Landtag ist heute vom Großherzog mit einer Thronrede eröffnet worden. In derselben wird zunächst die Befriedigung des Großherzogs darüber ausgedrückt, daß unter den zum Landtage versammelten Volksvertretern zum ersten Male auch der volljährig gewordene Erbprinzherzog erschienen sei, es wird sodann hervorgehoben, daß der Ausbau der Reichsinstitutionen stetigen Fortgang nehme und die Hoffnung ausgesprochen, daß die auf dem religiösen Gebiete hervorgerufenen Veranlassungen sich wieder in Vertrauen verwandeln würden. Als Beratungsgegenstände für den Landtag werden aufgeführt Gesetzentwürfe über Aufhebung des Einkommens der Geistlichen beider christlichen Konfessionen, über die Vereinigung der konfessionell getrennten Volksschulen, über die Benützung der Gewässer und Vorlagen über die Steuerreform, die Oberrechnungskammer, die Verlegung der Beamtenmitten und über die Sicherung der dienstlichen Stellung der niederen Beamten. In der Thronrede wird auch die wirtschaftliche Lage und deren Einfluß auf das Staatsbudget berührt und die Hoffnung auf baldige Besserung der Verhältnisse ausgesprochen.

Strasburg i. E., 22. November. Durch plötzlich eingetretenes Hochwasser der Kinzig, das die in derselben lagernden Flosse lößte und in den Rhein trieb, sind sämtliche Schiffsbrücken und Fährden über den Rhein zwischen Strasburg und Mayen inkl. zerstört und deren Pontons rheinabwärts getrieben worden. Die hierdurch eingetretene Verkehrshörung wie der verursachte Schaden sind sehr groß.

Reichenberg, 21. November. Der hier versammelte letzte österreichische Gewerbetag hat heute einstimmig eine Resolution angenommen, welche dahin geht, daß die bestehenden Handelsverträge zu kündigen und Minimatarife aufzustellen seien.

Basel, 22. November. Der Schnellzug von Ostende nach Basel ist heute Morgen in Folge des Bruchs einer Bremsstange bei Oberstingel (Ranton Finsingen) entgleist. Personen sind bei dem Unfall nicht verunglückt.

Rom, 22. Novbr. Wie die „Agenzia Stefani“ erfährt, werden die behufs Rückkaufes der oberitalienischen Eisenbahnen zu leistenden Annuitäten im Budget eingestellt werden, jedoch nehme man an, daß diese Maßregel keine Belastung der Finanzen herbeiführen werde. — Die Ausgaben des Militärbudgets für das Jahr 1876 sind auf 209 Millionen Lire veranschlagt, von denen 19 Millionen auf das Budget des Vorjahres angewiesen und 190 Millionen in den gegenwärtigen Etat eingestellt sind. Das Ordinarium des Militäretats ist um 6 Millionen, das Extraordinarium um 7 Millionen höher veranschlagt worden. Die Mehrausgaben sind durch Anschaffungen von Kriegsmaterial und durch fortifikatorische Bauten veranlaßt.

London, 22. November. Die „Times“ bringt ein Telegramm aus Wien, worin alle in englischen Blättern verbreitet gewesenen Gerüchte über eine Intervention Oesterreichs in der Herzogovina als gänzlich erfunden bezeichnet werden.

Verfailles, 23. November. Die Nationalversammlung nahm in dritter Verathung den ersten Artikel des Wahlgesetzes an. In der heutigen Sitzung der Verfassungskommission verteidigten Buffet und Dufaure ihren Gesetzentwurf. Buffet führte aus, der Belagerungsstand müsse in den großen Zentren Frankreichs aufrecht erhalten bleiben, um jede Unregelmäßigkeit bei den bevorstehenden Wahlen zu verhindern. Es herrschen viele Leidenschaften, wogegen die Regierung bemächtigt sein müsse. Die Regierung würde den Belagerungsstand nur äußersten Falles gebrauchen. Die Organisation radikaler Komitees bilde eine ernsthafteste soziale Gefahr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Bosen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Angelommene Fremde

23. November.

GRAND HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbes. Frau von Projemsta und Tochter aus Storocjemo, v. Starzynski und Frau aus Chelomo, v. Breza aus Swiatowo, v. Gasiorowski und Sohn aus Bherk, v. Krajewski aus Zawory, Frau von Blochowski und Sohn

aus Brzeclaw, v. Mieski und Frau aus Splawie, v. Polmorowski aus Kofowo, Arzt Dr. Broedere aus Erem, Kreisrichter Ksepnicki aus Erem.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Roznowski aus Sarbinowo, von Dobrynski; aus Thorn und v. Gorski aus Berlin. Die Kaufleute Springer und Haupt aus Berlin, Beske aus Leipzig, Thimann aus Gbriß, Gills aus Bolla bei Gotsa, Schippeng aus Breslau, Schöps aus Rawitsch und Morin aus Rotterdam. Eisenbahn-Bauinspektor Kofchel aus Breslau. Fabrikbesitzer Brendt aus Schlesien.

GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG. Die Kaufleute Schulz a. Berlin, Jünor a. Dresden, Post-Sekretär Mezenberg nebst Familie a. Bosen, Prediger Czerk a. Schneidemühl. Die Holzhändler Schlein und Karpf a. Danzig, Adler und Karpf aus Warschau. Fabrikant Philiz a. Berlin. Ober-Inspektor Hierich aus Jarocin. Frau Sonke a. Berlin. Holzhändler Bressel aus Ludowo. Densfabrikant Murawski aus Kofen.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute L. Subert aus Bremen, S. Anders aus Lübeck, Fischer aus Rulmo. Gutsbesitzer von Golski aus Polen. Landwirth Goldschmidt aus Oppeln. Baumeister v. Wojciechowski aus Slogau. Insp. Winter in Regensburg.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Jaenide, Misch und Fabrikant Brodmüller aus Berlin, Krause aus Rogasen, Komorski aus Stuttgart. Techniker Röder aus Frankfurt. Bürger Brzecki aus Nowawies.

O. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Telemann, Terz, Barck aus Breslau, Meichelsohn, Bormas, Schottländer aus Berlin, Türl aus Königsberg, Lewin aus Anaberg, Herrmann aus Schwiebus, Beermann aus Budewitz.

## Pofener Bürgerverein.

Die auf heute Abend anberaumte Generalversammlung findet unvorhergesehener Hindernisse wegen erst über 8 Tage; also **Dienstag, den 30. November c.** statt.

Der Vorstand.

## Berliner Viehmarkt.

S. Berlin, 22. November. [Wochenbericht.] Auf heutigem Viehmarkt waren zum Verkauf an Schlachtvieh angetrieben: 1939 Stück Hornvieh, 7207 St. Schweine, 4845 St. Schafe und 808 Stück Kälber. Die allgemeine Stimmung des Marktes war gedrückt und fast matt und ließen die Preise wiederum vielfach nach. Für Rinder verlief das Geschäft flau und konnten Eigener für Prima nur 54 M., pr. IIa 41 bis 44 M., für IIIa 33-38 M. pro 100 Pfd. Fleischgewicht durchsetzen. Der Schweine waren bei geringer Zutritt begehrt und verlaufen sich unter Preissteigerung schnell. Beste fetter Kernwaare erzielte 60 M. pro 100 Pfd. Fleischgewicht. Nachmer wurden zu 57 Mark verkauft. Von Hammeln waren nur schwere fette Thiere gesucht, die pro 45 Pfd. Fleischgewicht mit 22 M. bezahlt wurden. Geringere Qualitäten waren fast unverkäuflich, Kälber mußten sich mit Mittelpreisen begnügen.

## Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 22. November. Getreide-Börse. Wetter: Schnee und Regen bei ganz trüber Luft. Wind: N.

Weizen loco ist auch am heutigen Markte so schwach zugeführt gewesen, daß nur sehr wenig zu kaufen war, dagegen zeigte sich bei fester Stimmung etwas mehr Frage, besonders für hellfarbige Waare und sind 170 Tonnen zu vollen Sonabendpreisen verkauft. Außerdem sind noch am Sonnabend 80 Tonnen grau glatte 125 6 Pfd. zu 195 M. verkauft worden. Heute ist begehrt für Sommer 130. 132 3 Pfd. 188 M., 135 Pfd. 190 M., grau glatte 130 Pfd. 197 M., hellfarbig 126 Pfd. 199 M., 127 8 Pfd. 128 9 Pfd. 200, 204 M., hellbunt 131 Pfd. 212, 214 M., alt hellfarbig 212 M. pro Tonne. Termine April-Mai 212 M. Br., 202 1/2 M. Gd. Regulirungspreis 196 M.

Roggen loco unverändert, 125 6 Pfd. 160 1/2 M. per Tonne Umsatz 55 Tonnen. Termine April-Mai 154 M. G. Regulirungspreis 150 M. — Bohnen loco zu 178 M. pro Tonne verkauft. — Spiritus loco flau und heute zu 45 M. pr. 40,000 Liter pCt. gekauft.

Breslau, 22. November, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. November-Dezember 43 40, pr. Debr.-Januar —, pr. April-Mai 46 80 Weizen pr. November-Debr. 191, 00. Roggen pr. November-Dezember 154, 50, pr. Debr.-Januar —, pr. April-Mai 158 00 Rüböl November-Dezember 69, 00, pr. Debr.-Januar 69, 00, pr. April-Mai 70, 50. Rinf fett. Schneewetter.

Köln, 22. November, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen 55 Pfd. hiesiger loco 20, 50, fremder loco 21, 00 pr. November 20, 65 pr. März 21, 70 Roggen besser, hiesiger loco 16, 00, pr. November 14, 55, pr. März 15, 70. Hafer fest loco 18, 00, pr. November 17, 90 Rüböl flau, loco 37, 70, pr. Oktober —, pr. Mai 38, 20. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 22. November, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen loco flau, auf Termine beh. Roggen loco flau, auf Termine ruh. Weizen pr. Novbr. 197 Br., 186 Gd., pr. Debr.-Januar pr. 1000 Rilo 197 Br., 196 Gd. Roggen pr. November 154 Br., 152 Gd., pr. Debr.-Januar pr. 1000 Rilo 150 Br., 149 Gd. — Hafer ruh. — Gerste ruh. — Rüböl flau loco 74, pr. November —, pr. Mai pr. 200 Pfd. 73 1/2 Spiritus flau, pr. November 36 1/2, pr. Debr.-Januar 37, pr. April-Mai 38, pr. Juni-Juli pr. 100 Liter 40 pCt. 39. Raffee abw., Umsatz 2000 St. Petroleum fest, Standaard white loco 11, 80 Br., 11, 70 Gd., pr. November-Dezember 11, 90 Gd., pr. Januar-März 11, 70 Gd. — Wetter: Windig.

Bremen, 22. November. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11, 25, pr. Dezember 11, 25, pr. Januar 11, 40, pr. Februar 11, 60. Steigend.

Antwerpen, 22. November, Nachmittags. 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behaupt., dänischer 28. Roggen ruhig. Hafer matt. Gerste stetig.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 28 1/2 bei 28 1/2 Br. pr. November 28 1/2 bei, pr. Dezember 28 1/2 bei, 28 1/2 Br. pr. Januar 28 1/2 Br. pr. Februar 28 1/2 Br. Steigend.

Paris, 22. November, Nachmittags. (Produktmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen beh., pr. November 26, 75, pr. Dezember 26, 75, pr. November-Februar —, pr. Januar-April 27, 75. Rühöl beh. pr. November 53, 75, Dezember 59, 00, pr. November-Februar —, pr. Januar-April 60, 50. Rüböl weich, pr. November 109, 00, pr. Dezember 108, 00, pr. Januar-April 99, 50, pr. Mai-August 93, 00. Spiritus flau, pr. November 44, 75, pr. Mai-August —.

Amsterdam, 22. Novbr., Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen loco unverändert, auf Termine höher, pr. November —, pr. März 295. Roggen loco unverändert, auf Termine matt, pr. März 193, pr. Mai —. Hafer loco per Herbst —, pr. Frühjahr 428 Fl. Rüböl loco 41 1/2, pr. Dezember 41, pr. Mai 41 1/2 Wetter: —

St. Petersburg, 22. November. Weizen. Mixed numbers warrants 61 5/8 d.

Manchester, 20. November, Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 8 1/2, 20r Water Micholls 10, 30r Water Gidlow 11, 30r Water Clayton 11 1/2, 40r Water Rayoll 11, 40r Medio Wilkinon 13, 36r Warpcops Qualität Rowland 12 1/2, 40r Double Weston 12 1/2, 60r Double Weston 16, Printers 1/100, 1/100 8 1/2 Pfd. 117. Märkiges Geschäft, Preise fest.

London, 15. Nov., Vormitt. Die Getreidezufuhren vom 6. Novbr. bis 12. Novbr. betragen: Englischer Weizen 5815, fremder 75,762, englische Gerste 1954, fremde 12,265, englische Malzgerste 13,554, fremde 93, englischer Hafer 2722, fremder 42,665 Drtr.



Druck und Verlag von H. Vetter u. Comp. (G. Schaefer), in Wien